Einzelpreis 50 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 3,70, vierteljährlich M. 11,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 5,—, vierteljährlich M. 15,—, im übrigen Ausland monatlich M. 7,—, vierteljährlich M. 20,—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 — Geschäftszeit 8½—4½ Uhr, Samstag 8½—12½ Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2,—, für München M. 1,50 mit entsprech. Nachl. Reklamezeile M. 8,— Finanzanzeigen netto M. 1,50. Familienanzeigen M. 1,20, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 1,—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20 647. — Drahtanschrift: Beobachter, München. Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 100/101 | München (Samstag), den 31. Dezember 1921 | 35. Jahrgang

Der „Boche" wird alles bezahlen!

Le boche payera tout! Das war jenes Schlagwort, mit dem die Gewalthaber Frankreichs nach ihrem sogenannten Siege über das deutsche Volk die Unzufriedenheit ihrer eigenen Massen von einer gewaltsamen Staatsumwälzung abzuhalten wußten. Die Verzweiflung im Hinblick auf die Schuldenlast der „Siegerstaaten" hat dieses Wort geprägt, ohne daß man anfänglich daran glaubte, daß es sich je erfüllen würde. Erst allmählich machte man daraus ein ernst zu nehmendes, politisches Ziel, denn die Deutschen selbst erleichterten diesen Vorgang. Im besonderen Maße sind zwei Männer daran beteiligt, die sich das deutsche Volk dazu ausersahen, den Inhalt jenes Schlagwortes zu erfüllen: Dr. Wirth und Walter Rathenau.

Der eine, des deutschen Reiches wiederholter Reichskanzler, faßte sein politisches Programm in die Worte zusammen: „Freiheit durch Erfüllung!" Der andere, der „beste" Kenner deutscher Wirtschaftsverhältnisse, gab sein maßgebendes Urteil dahin ab: „Deutschland könne erfüllen, wenn es nur wolle!" Unsere Feinde leiteten dieses Wasser, das aus den Gehirnen unserer verantwortlichen Regierungsvertreter floß, auf ihre Mühlen, und forderten. Sie forderten schamlos und sinnlos, bis zur Zerstörung ihres eigenen Wirtschaftslebens, und die deutsche Regierung — erfüllte. Sie erfüllte bis zum Weißbluten des deutschen Volkes, und versprach darüber hinaus Erfüllungen bis zur Unmöglichkeit. An dieser Unmöglichkeit aber scheiterte diese Politik der Wirth und Rathenau. Denn diese gleichen Männer der einstigen Erfüllungen winseln heute in den Vorzimmern von Paris und London um Kredite und Moratorien, und machen dabei Gründe geltend für die Leistungsunmöglichkeit der deutschen Wirtschaft, die im geraden Widerspruch zu ihren einstigen amtlichen Auslassungen stehen.

Hätte das Scheitern ihrer Erfüllungspolitik an sich schon genügen müssen, um die beiden Männer Wirth und Rathenau aus dem politischen Leben des deutschen Volkes auszuschalten, so dürfte man doch erwarten, daß die feindlichen Antworten auf die letzten deutschen Noten den Erfüllungskanzler Dr. Wirth zum Rücktritt bewegen werden. Dazu trifft aber Herr Wirth nicht die geringsten Anstalten. Das ist bei ihm allerdings nicht verwunderlich, denn die Zähigkeit seines Hosenbodens am Ministersessel hat er schon einmal bewiesen, als er die Unterschrift unter das Londoner Ultimatum mit dem Hinweis befürwortete, daß dadurch Oberschlesien dem Reiche erhalten bleiben würde. Herr Wirth täuschte sich bekanntlich in seiner Voraussicht, Oberschlesien ging dem Deutschen Reich verloren, nicht verloren ging dem deutschen Volke Herr Wirth, denn er blieb trotz seiner verfehlten Politik im Amte und erfüllte weiter. Damals wenigstens kokettierte er mit dem Rücktritt, heute aber denkt er gar nicht daran, sondern hat noch die Stirne, seine Politik zu verteidigen.

Ganz so sicher freilich ist Herr Wirth seiner Sache nicht mehr; denn seine Achtung im Ausland scheint im Schwinden begriffen zu sein, und besonders die Liebschaft der Franzosen mit Herrn Wirth droht in die Brüche zu gehen. Nicht umsonst hat kürzlich die „Liberté" sehr beklommen geseufzt: „Reichskanzler Dr. Wirth sei für die Verbündeten der gute Kanzler gewesen, der Kanzler der loyalen Ausführungen, den man schonen müsse. Die einzige Frage in diesem Augenblick sei, ob man ihm noch Vertrauen schenken solle." Was diese Frage des Franzosen nach dem Vertrauen betrifft, so mag sich Wirths Libertine selbst die Antwort suchen, für uns Deutsche hat Herr Wirth das Vertrauen schon längst verloren. Bei einem großen Teil des deutschen Volkes hat er es zweifellos noch nie besessen, aber dessen Mahnungen schlug man stets in den Wind, weil sachliche Kritik an republikanischen Regierungsmaßnahmen hierzulande für Treiberei der Reaktion gehalten wird. Nur was rot oder schwarz-rot-golden sich herausputzt, wird ohne weiteres für gut geheißen, auch wenn es noch so toll der Vernunft in das Gesicht schlägt. Wirths Erfüllungspolitik war so ein Meisterstück revolutionärer Regierungskunst, und weil die Grundlagen, auf der er seine unheilvollen Machenschaften verwirklichen konnte, diese Abart der Demokratie gewesen ist, so fallen auch auf sie und auf die anderen Mißgeburten des Parlamentarismus die Folgen aus dem Irrsinn des Erfüllungskanzlers.

Dieser Mann aber sitzt heute noch in Amt und Würden, obwohl die ganze Welt das Scheitern seiner Politik gesehen hat. Versailles, Spa, London waren Löcher im Riemen gewesen, mit dem man den Leib des deutschen Volkes immer enger umschnürte. Gegenwärtig kommen unsere Feinde in Cannes zusammen, um den Riemen noch enger zu schnallen. Cannes ist ein neues Loch, es wird zum Grab des deutschen Volkes, wenn Herr Wirth und seine Freunde weiter unsere Geschicke leiten. Man kann nicht die deutsche Sache vertreten, und französische Politik treiben. Die Politik Wirths und Rathenaus waren in ihrer Einstellung und in ihrer Auswirkung im Sinne der Erfüllungen franzosenfreundlich. Das auszusprechen ist notwendig, will man politisches Leisetreten nicht mit politischer Klugheit verwechseln und es für Anstand halten, das Kind beim falschen Namen zu nennen. Diese Politik war für Deutschland ein ungeheueres Verbrechen, das nach einer gerechten Sühne förmlich schreit. Wenn schon niemand nach dem Staatsgerichtshof ruft, wo bleibt dann wenigstens der „völkische Wille", der es unmöglich macht, daß durch Wirth und seinesgleichen das deutsche Volk in dieser Weise weiter versklavt wird?

Herr Wirth ist immer noch im Amte. Klingt das nicht wie Hohn, oder nennt man das republikanischen Dank für gescheiterte Politik? Wenn Herr Wirth auf deutsche Stimmen nichts gibt, vielleicht hört er auf das Ausland. Er und sein Freund Rathenau haben im Falle des Londoner Ultimatums durch das Gutachten der Bank von England schon einmal vom Ausland eine Belehrung empfangen, eine zweite für Herrn Wirth, der ja mit Vorliebe seine Löffel den Parisern hinhält, erteilt die „Ere Nouvelle", indem sie schreibt: „Es sei bedauerlich, daß Wirth seinen eigenen Namen verleugnet habe. Es wäre loyaler gewesen, wenn er demissioniert hätte."

Herr Wirth, Sie haben noch Zeit, es ist zwar schon reichlich spät. Wir haben heuer eine fürchterliche Mäuseplage gehabt, vielleicht sind aber noch nicht alle Löcher zugeschüttet, und, wenn Sie sich nicht gar zu sehr am Unglück Ihres Vaterlandes vollgemästet haben, so finden Sie sicher eines für sich und Ihren Freund Rathenau, sich darin zu verkriechen.

W—s.

An unsere Leser!

Zum neuen Jahre 1922 wünschen wir unseren Lesern und Beziehern alles Gute. Wir danken ihnen herzlich für ihre bisherige treue Gefolgschaft in unserem Kampfe gegen den Hauptfeind des Deutschtums:

gegen das internationale Judentum,
gegen die verbrecherische Ausbeutung unserer [illegible],
gegen Wucher- und Schiebertum.

Wir hoffen, daß das Jahr

1922

neue Anhänger unserer Bewegung gewinnen wird, daß die treue Gefolgschaft unermüdlich neue, ebenso unentwegte und mutige Gefolgschaft hinzuwirbt.

Der heutigen letzten Ausgabe des alten Jahres liegt eine Zahlkarte bei zur Benützung für jene Bezieher, die nicht bei der Post den „Völkischen Beobachter" bestellt und die Bezugserneuerung noch nicht vorgenommen haben; ferner mögen alle, die unserem Kampfschatz eine Spende zuführen wollen, der Zahlkarte wohlwollende Beachtung schenken. Heil!

Schriftleitung und Verlag.

Gegen den Volksverrat in Lana

Die Nationalsozialistische Partei versendet an alle ihre Kreisleitungen in Österreich Aufrufe, in denen sie ihre Organisationen auffordert, im Einvernehmen mit allen anständigen volkstreuen Vereinigungen den schärfsten Widerstand gegen die Genehmigung des Bündnisvertrages von Lana zu leisten.

In dem Aufruf wird festgestellt, daß der tschechische Staat ohnehin in einem Überfluß von Kohlen schwimme und wegen der Umwandlung der sächsischen Fabriken auf Brikettheizung froh sein muß, wenn er überhaupt für seine Kohlen Abnehmer findet. Diese Konzession der Tschechen ist also in Wahrheit nur eine Wohltat für den tschechischen Staat, die anderen wirtschaftlichen Konzessionen sind im übrigen nur in Aussicht gestellt.

Der Aufruf brandmarkt das Abkommen als den nacktesten und schmählichsten Volksverrat an den deutschen Brüdern in der Tschechoslowakei und zugleich als eine Knebelung der öffentlichen Meinung in Österreich. Indirekt sei dieser Vertrag übrigens auch nicht nur gegen Ungarn, sondern direkt auch gegen das Deutsche Reich gerichtet. Es könne zu mindestens auch sehr bald die Zeit kommen, wo sich der tschechische Staat auf diesen Vertrag beruft.

Die nationalsozialistischen Anhänger in Österreich werden aufgefordert, mit allen Mitteln auf die Abgeordneten einzuwirken, den Antrag eventuell durch Obstruktion unmöglich zu machen. An die großdeutsche Partei richtet die Nationalsozialistische Partei die Aufforderung, sofort aus der Regierungskoalition zu treten.

Für 28. Dezember, 6 Uhr abends, hat die Partei in den großen Saal des alten Wiener Rathauses eine Protestversammlung einberufen, bei der Abgeordnete der deutschen Nationalsozialisten im Prager Parlament als Redner angekündigt sind.

Sofort nach Bekanntwerden dieses Schmachvertrages begab sich der Obmann der Nationalsozialistischen Partei, Dr. Riehl, zu Präsidenten Klinghofer und forderte von ihm persönlich die restlose Ablehnung des Vertrages mit der Tschechoslowakei, ferner ebenso zum Obmann der Deutschen Bauernpartei, Dr. Schönbauer. Gegenüber dem Abgeordneten Dr. Jercabek erklärte der Parteiobmann, daß die Nationalsozialisten aus dem Antisemitenbund und sämtlichen anderen Vereinen austreten würden, in denen sie mit Christlichsozialen zusammensaßen, falls nicht auch die Christlichsozialen sofort gegen diesen Vertrag energisch Stellung nehmen würden. Ebenso erklären die Nationalsozialisten, daß sie aus sämtlichen sogenannten deutschen Schutzvereinen und Hilfsvereinen als in Hinkunft zwecklosen Organisationen austreten, falls die dort führenden großdeutschen Abgeordneten nicht durch Obstruktion den Vertrag zu Fall bringen.

Gedanken eines Arbeiters zur Jahreswende

Niemand, der es ehrlich mit dem Volke meint, wird behaupten wollen, daß es seit 1920 besser geworden ist in Deutschland. Der „große Zug der Zeit" gräbt immer tiefere Furchen in die Gesichter der schaffenden Deutschen, schiebt den Brotkorb der ehrlichen Leute immer höher. Was sich einer in der schlechtesten Vorkriegszeit an Gebrauchsgegenständen leisten konnte, das sind viele heute gezwungen zu verkaufen, um leben zu können. Der Erwerb eines Wäschestückes, einer Krawatte, ist heute schon mit einem mindestens eintägigen Fasten verbunden, Kleider, Anzüge überhaupt unerschwinglich. Das Fahrrad, ehemals Proletarierauto, ist zum Luxusfahrzeug der kleinen Schieber geworden; oder man verdächtigt den Besitzer, wenn er Arbeiter ist, des Diebstahls. Kurz, „der Zug der Zeit" heißt: Verelendung aller ehrlich Schaffenden.

Und auf der anderen Seite? Die Kaste der Neureichen blüht und gedeiht. Der ehemalige, nun auch auf dem Regierungssessel drohnende Proletarierführer hat sich in üppigstes Bourgeoisleben eingewöhnt und muß sich in manchen Fällen durch Kartoffel-, Zucker-, Zigaretten- und Apfelsinenschiebungen, oder durch einen ausgiebigen Pump sein Taschengeld erhöhen, da sein „bescheidener" Ministergehalt und was drum und dran ist, mit der Üppigkeit seines Daseins nicht mehr Schritt halten kann.

Jedes Dorf, in der Stadt schon bald jede Straße, hat seinen Bankdirektor. Das nennt sich dann demokratisch-sozialistische, also antikapitalistische Republik.

Man könnte wirklich meinen, wir seien das reichste Land der Erde, den Tresors und Geldschränken nach. Vielleicht sind wir es, „aber das schieber-, lumpen- und ausbeuterreichste". Wir müssen uns klar sein darüber, daß der Reichtum der einen sich nur von dem bilden kann, was uns anderen abgeht, dadurch, daß wir Not leiden durch den Raub unseres Arbeitsertrages.

Der Großindustrielle, Wiederaufbauminister a. D., Agent des internationalen Kapitalismus, der in Aussicht genommene baltische Außenminister, der Demokrat, Sozialist, Kommunist und ehemalige „begeisterte", besonders von dem verlorenen Wilhelm II. begeisterte Monarchist — der Jude Walter Rathenau — hat es vor einigen Monaten ausgesprochen: „Wir können zahlen, wir können erfüllen, wenn wir uns in die größte Not begeben." Meint Herr Rathenau mit dem „Wir" auch sich und seine Rassegenossen und deren Söldlinge? Nein! Die „Wir" sind das arme, schaffende deutsche Volk, und der diesen unglaublichen Satz ungestraft aussprechen darf, gehört zu den Nutznießern der „Erfüllungen" und der größten Not des deutschen Volkes.

Und solche Männer finden noch lobende Anerkennung in sozialistischen, ja kommunistischen Zeitungen. Werden sie nicht auch von den ausgesprochenen Börsenzeitungen, den Blättern der Hochfinanz — und gerade von diesen mit einer Geschäftigkeit gefeiert, wie man es in früherer Zeit aus Heuchelei mit den Fürstlichkeiten machte? Wenn wir nun ganz bescheiden fragen, was solche Größen der Hochfinanz den Sozialisten- und Börsenzeitungen gleichsympathisch macht? Nichts anderes als das gemeinsame Ziel, das ist: Vergesellschaftung (Vertrustung), Vermonopolisierung der Bodenschätze, der Nationalgüter und der Arbeitskräfte der Deutschen und aller Werkvölker unter die 300 Rathenau, Strauß, Rothschild, Bleichröder, Schwab, Speyer, Schiff, Löw, Warburg, Cohn, kurz an alle großen Bank- und Trustkönige, die die Welt regieren und die Schicksale der nichtjüdischen Völker bestimmen; die Kriege, Umstürze und Revolutionen und den Bolschewismus machen, die ihren Stab von geld- und machtlüsternen, oft „lächerlich eingebildeten" (wie es in den Geheimnissen der Weisen aus Zion heißt) Agenten und Helfershelfern an der Spitze der Organisationen sog. Intellektueller, am dichtesten aber an der Spitze der Arbeiterorganisationen stehen haben. Und nur deshalb hat die baltische Revolution, wie der am Unglück Deutschlands so stark schuldige „Vorwärts" selbst schreiben mußte, „zur Geldsackrepublik" geführt. Deshalb ist die Revolution zur Lohn- und Preisbewegung geworden, wobei die Lohnforderer immer den Kürzeren ziehen und die Preistreiber immer den Rebbach einstreichen, nur deshalb hat das verflossene Jahr uns nicht aufwärts, sondern nur noch tiefer in den Dreck geführt.

Diese Erkenntnis tut den Deutschen bitter not. Die Ausbeuterkaste und -rasse hat es verstanden, die Führung derjenigen in die Hand zu bekommen, die ihnen nur Raubobjekt sind. Die Massen hätten ihnen unter der Führung vollsbewußter und selbstloser Männer gefährlich werden können, darum schickten sie an die oberste Spitze ihre eigenen Leute. Aus der Arbeiterschaft selbst wuchsen den Kapitalisten viele Arbeiterverräter heraus. Materialistisches Denken, der Drang, eine Rolle zu spielen, Unlust am Handwerk und an der Arbeit überhaupt, Geldverdienen, Aufwärtssteigen, waren die Triebfedern. Auswendiglernen einer marxistischen Broschüre oder Rede und deren fließendes Heruntersagen, vermischt mit einigen populären Schlagwörtern und Phrasen, genügten in den meisten Fällen für einen Posten im neuen Deutschland, reichte in manchen Fällen auch für Ministerstühle aus. Mit der Parteimilchflasche großgezogene, der Teilnahme an der Not des Volkes entrückte Menschen spielen heute Laienregierung. Und solche Regierungspuppen brauchen die hinter den Kulissen sitzenden Besitzer des Marionettentheaters. Ob jetzt des einen „diplomatische Klugheit“, des anderen Verschlagenheit und Grausamkeit, des dritten Dummheit momentan auf der Szene gebraucht wird, sie erfüllen alle den gleichen Zweck. Die ausgespielten Figuren sind gleich wieder ersetzt; in der Reichsschwatzbude, Parlament, in den Diätenhäusern warten genug „brauchbare Volksvertreter“ auf die Nachfolgeschaft.

Verdienen wir nun eine solche „Führung“? Jawohl! Solange wir sie uns gefallen lassen, verdienen wir sie! Solange die auf der Rechten einem Helfferich und einem Stinnes, solange Demokraten und Sozialisten einem Rathenau und einem Dr. Wirth zujubeln, solange die auf der Linken einem Levi und einem Toller Lorbeeren streuen, wird's im deutschen Tollhaus immer noch toller. Die Jahre streichen dahin, wir bekommen eine zweite und vielleicht noch weitere Revolutionen, und als Sieger geht wieder nicht das Proletariat, die ehrliche Arbeit hervor, sondern immer wieder Wucher- und Schiebertum und der Börsenkapitalismus, während die wirklich Arbeitenden verkommen und verhungern. So wirkt sich die Parole: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ für ehrlich Arbeitende aus, unter der das Banner der „glorreichen“ Revolution entfaltet wurde. — Der größten Lüge der Welt verdanken die heutigen Herren ihren Einfluß, ihre Würden. Rufen wir uns doch täglich die fast vergessenen Schalmeientöne ins Gedächtnis zurück, die diese Herren uns von 1917 ab vorposaunten, an die sie selbst zum größten Teil nicht glaubten. Von den Herrlichkeiten und Schönheiten, von der Freiheit, die wir genießen, von dem 14-Punkte-Frieden, wenn wir uns von den inneren Fesseln befreien, wenn wir die letzte Verteidigungswaffe ablieferten, wenn wir uns (als Unschuldige) schuldig bekennen, und was weiß Gott noch alles, — wir sehen dann, daß wir einer Gesellschaft von Schwindlern und Schafsköpfen zum Opfer gefallen sind und, was eigentlich die Schafsgeduld der Deutschen am besten zeigt, von gleichen Leuten heute noch geführt und regiert werden.

Denken wir auch täglich mit Ernst an die furchtbaren Worte Clemenceaus, des französischen Tigers: „In Deutschland leben noch 20 Millionen Menschen zuviel.“ Jedem dritten wird also nach dem Leben getrachtet, und wahrscheinlich den besten und mutigsten, den treuesten Deutschen. Und keiner weiß, ob er nicht ein „dritter“ ist. Vielleicht bringen wir dann noch einmal so viel Selbsterhaltungstrieb auf — der ja jedem unscheinbaren Tiere eigen ist —, diesem Schicksal aus dem Weg zu gehen.

Oder sollten die Pessimisten und die Volksverhetzer, die darauf hinarbeiten, damit recht haben, daß sie sagen: „Das besorgen die Deutschen selbst, die bringen ein Drittel ihrer eigenen Landsleute um?“ Dann wär's ums deutsche Volk wirklich nicht schade. Wenn es nicht noch so viel Mut und Kraft aufbrächte, diese Elemente niederzuhalten, hätte es den Untergang verdient.

Unbedingte Notwendigkeit ist, daß wir diejenigen im Auge behalten, die uns wissentlich oder auch unwissentlich belogen haben. Die Mitglieder der Wahlparteien dürfen bei einer etwaigen Wahl nur Deutschblütige auf die Kandidatenlisten setzen lassen. Kein mit Kriegs- oder Revolutionspolitik Kompromittierter darf kandidieren. Die in erfreulicher Weise an Zahl wachsenden Nichtwähler müssen sich in völkischen, absolut judenreinen Verbänden organisieren. Die deutsche Intelligenz muß sich um den deutschen Arbeiter annehmen, sie muß ihn der jüdischen Führung entreißen. Der Arbeiter muß endlich einmal den Mut aufbringen, auch nach außen zu zeigen, daß das innere Band, das ihn früher mit dem Führer verband, zerrissen ist. Wer Arbeiter ist und Einblick in die Betriebe hat, wer dem Arbeiter in das Innere sieht, weiß, daß er nur durch die Furcht vor dem Terror noch „Anhänger“ bleibt. Die große Masse der Arbeiter, besonders die Denkenden, haben das Streber- und Bonzentum der meisten ihrer „Führer“ erkannt. Wir müssen allen, die uns etwas versprechen, mit der größten Vorsicht begegnen. In der Juden- und Ententekolonie Deutschland gibt es vorläufig nichts zu versprechen. Fragen wir einmal die Helfferich und Stinnes der Rechten, die Cohn, die Wirth und Herzfeld der Linken, wie sie sich zur Beseitigung des Zinsklaventums, zur Befreiung des Grund und Bodens vom Leih- und Wucherkapital und zur Verstaatlichung der Banken stellen. Was sie zur Forderung des Sturzes des jüdisch-römischen Eigennutzrechtes und seinem Ersatz durch ein der deutschen Volksseele entsprechendes Gemeinrecht sagen. Das sind Prüfsteine für die Volksfreundlichkeit der Rechts- und Linksparteiler. Wenn Rechts und Links sich in nichts einig sind, so mindestens in der gemeinsamen Ablehnung dieser Forderungen.

Eine einzige Bewegung (nicht Parlamentspartei) hat diese Forderungen als erste, als Hauptpunkte aufgestellt. Eine Bewegung, die wirklich aus den untersten Schichten des Volkes hervorgegangen ist. Die unter dürftigsten Verhältnissen groß geworden ist: Die nationalsozialistische Bewegung, von Rechts und Links (gottlob) gleich gehaßt. Sie zu unterstützen ist Pflicht jedes Deutschen, der vorstehende Gedanken mit uns teilt. Wer genügend Mut hat, wer sein Volk und seine Heimat liebt, wer sich für beide einsetzen will, der komme zu uns. Der helfe uns die deutsche Zukunft bauen. Gesinnungslumpen, Streber und Geschäftsidealisten mögen uns ferne bleiben.

Von den materialistisch-jüdisch-kapitalistisch verseuchten Parteien kann keine Rettung kommen. Sie sind mehr oder weniger von den inneren Todfeinden des arbeitenden Volkes abhängig.

Solange diese Parteien vom Volk unterstützt werden, kann es nicht besser werden. Eine von weiten Volkskreisen ersehnte Rechtsregierung würde wohl schärfere Töne nach außen finden, aber das innere Ausbeutertum bliebe unbehelligt. Nur eine Bewegung, die der Wahrheit dient, die aufräumt mit dem von der westlichen Plutokratie (Geldmächte) nachgeäfften verlogenen Parlamentarismus, der Demokratie, die es rundweg ablehnt, das deutsche Volk von Juden und Judenbastarden und deren Knechten regieren zu lassen, deren höchstes Ziel es ist, dem Satz unseres Goethe Wirklichkeit zu verschaffen: „Solch ein Gewimmel möcht' ich seh'n, auf freiem Grund mit freiem Volke steh'n.“

Das Jahr 1922 möge uns einen großen Schritt diesem Ziele näher bringen, aber nur dann kommen wir vorwärts, wenn diese Neujahrsgedanken von weiten Volkskreisen beherzigt und befolgt werden. Deutsche Arbeiter der Hand und des Geistes, werdet Nationalsozialisten.

A. Drexler.

Verbreitet den „Beobachter“!

Werbt für den „Beobachter“

Der Denunzianten-General

Die „Deutsche Zeitung“ Nr. 580 vom 24. Dezember 192[1] berichtet:

„Unvermutete Kontrollen von Ententeoffizieren.

BS. Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat General Nollet die einzelnen Unterkommissionen der Interalliierten Militär-Kontrollkommission angewiesen, alle zu ihrer Kenntnis kommenden Anzeigen über versteckte Waffen und Munition genauestens zu verfolgen, auch wenn die Anzeigen von vornherein unglaubwürdig erscheinen. Es sollen in Zukunft in der Reichswehr nur noch unangesagte, unvermutete Kontrollen stattfinden.“

Dazu weiß unser „Sonderberichterstatter“ noch zu melden, daß sofort nach Eintreffen einer solchen unvermuteten Kontrollkommission eine, von jetzt ab Tag und Nacht, in Bereitschaft liegende Ehrenkompanie feinstes Ia Klosettpapier, Marke „Hosen.....“, für die Mitglieder der Kommission bereitzuhalten habe. Ferner sollen verschiedene U.S.P.-Genossen auf Befehl Nollets Schnellschreibmaschinen auf Kosten des Reiches geliefert bekommen, damit die Anzeigen, wenn auch von vornherein unglaubwürdig, in stets genügender Anzahl einlaufen können. Den deutschen Waschfrauen möchten wir noch raten, beim Waschen französischer Unterhosen und Hemden Gasmasken anzulegen und unter 100 Franken überhaupt die Pariser Feigheitshinterlassenschaften nicht in die Münchener Kanalisation weiterzuleiten. Für den Denunzianten-General aber soll, wie wir hören, am Stachus ein eigener Pavillon angebaut werden.

Hsj.

Ebert und der bayer. Geschichtsunterricht

Heftiger Grimm ist entbrannt am Altheimereck, wütend tobt er sich aus in Nr. 301 der „M. P.“. Sie gießt ihre Empörung in die „wirksame“ Form einer „Anfrage an den bayerischen Kultusminister“. Der Grund zur schnaubenden Wut ist die staatsbürgerliche Erziehung an den Gymnasien in Bayern, wie sie sich auswirkt in dem Geschichtslehrbuch für die oberen Klassen. Zum Belege dafür, daß sie berechtigt ist, ungehalten zu sein, zitiert sie einen Satz auf Seite 200 des fluchwürdigen Geschichtsbuches, der folgendermaßen lautet:

„Am 11. Februar (1919) wurde zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt: Friedrich Ebert, ein 1871 in Heidelberg geborener früherer Sattler, so recht der Vertreter der durch den Umsturz plötzlich in die Höhe gehobenen Volksmänner.“

Die „M. P.“ sieht in diesem Satz eine Verächtlichmachung des höchsten „republikanischen Würdenträgers“, „eine gewollte Herabsetzung“ in den Augen der Schüler. So, so! Als im Sommer 1919 der höchste Würdenträger im Schmucke seiner Wohlbeleibtheit und einer Badehose in der „Berliner Illustrierten“ sich dem deutschen Volke präsentierte, da hat die „M. P.“ nicht gefunden, daß die Staatsautorität dem deutschen Volke und dem Auslande gegenüber verächtlich gemacht wurde. Jetzt, wo geschichtlich festgestellt wird, daß auch ein Sattler von nun an Reichspräsident werden kann, und daß ein Volksmann, der doch Ebert nach Anschauung der „M. P.“ sicher ist, plötzlich in die Höhe gehoben werden kann, jetzt spricht sie von Verächtlichmachung, statt daß sie darüber froh wäre, wenn Fritz der Erste, der Einzige, den Schülern als Vorbild hingestellt wird zur Hebung des Ehrgeizes. Ist ihr denn Eberts Vergangenheit als Sattler und Volksmann wirklich so peinlich, daß man besser davon schweigen sollte? Uns durchaus nicht: denn wir hoffen, daß auch wir einmal, die wir auch nichts anderes sind als Volksmänner — wenn auch nicht durchwegs lauter Sattler —, den Mann als Präsidenten sehen, der noch etwas mehr kann als der Genosse Ebert. -m-

Gefährdung der Säuglingsversorgung durch den Stadtrat

Als seinerzeit Sturm gelaufen wurde gegen die Lebensmittelzwangswirtschaft, für die auch wir eingetreten sind, hat man dem Ansturm allmählich nachgegeben. Aber man hat nur die Zwangswirtschaft aufgehoben, ohne vorher durch das Aufrichten von Galgen dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel auch wirklich an die Bevölkerung zum freien Verkauf kommen, geschweige denn, daß erschwingliche Preise festgelegt worden wären. Das Kind wurde mitsamt dem Bade ausgeschüttet. Und das rächt sich jetzt.

Die Zuckerversorgung der Säuglinge ist gefährdet. Die letzten Bestände des Kommunalverbandes sind aufgebraucht. So wissen die Mütter nicht, woher sie für ihre Kleinen den Zucker bekommen sollen. Daran ist letzten Endes nicht die Aufhebung der Zwangswirtschaft schuld, sondern die ins Maßlose gehende Verschiebung des Zuckers bzw. dessen Zurückhaltung zur Erzielung von Wucherpreisen. Hier ist die Stelle, wo der Galgen fehlt. Das ist immer wieder zu betonen, weil es sich immer wieder erweist, daß ohne die Todesstrafe für das volks-

Zum 1. Januar 1922

Kein Deutscher wird mit frohen Gefühlen das Jahr 1922 empfangen. Hinter uns liegen Jahre beispielloser Demütigung und nie dagewesener Selbstverhöhnung und -verspottung. Es hat ein seelischer Wahnsinn das deutsche Volk erfaßt. Es vergaß seine große Geschichte, es vergaß seine eigenen Taten, seine eigenen Opfer und begab sich in eine dienende Stellung unter Völker und Persönlichkeiten, die nicht wert der Rolle sind, die sie sich zu spielen erdreisten.

Das deutsche Volk hatte seinen Weg aber nicht erst 1918 verloren. Es fing an sein Bestes nach und nach preiszugeben, als ein alter, alter Traum in Versailles 1871 in Erfüllung gegangen war. Nun diese Sehnsucht gestillt war, ließ es sich von fremden Sirenentönen verleiten; es schickte sich an, die Welt mit Arbeit, Fleiß und Technik allein zu überwinden, aber es nahm Schaden an seiner Seele.

Mommsen sagte einmal, das deutsche Volk habe die großen Persönlichkeiten, die es aus sich geboren habe, nicht vertragen können. Die Bürde sei zu groß gewesen. Lagarde schrieb in der Selbstvergessenheit der 80er Jahre: „Es hat noch nie einen deutschen Staat gegeben.“ Beide hatten, leider, recht. Dem äußeren Bau war keine innere Erneuerung nebenhergegangen. Auf allen Gebieten: Religion, Recht, Wirtschaft wurde aller alter Wahn und ungermanisches Wesen beibehalten und verehrt, als sei das eine unabänderliche Notwendigkeit. Zugleich pflegte deutsche Wissenschaft lebensfremde Probleme und hing alten Verschwommenheiten aus dem Geistesarsenal des 18. Jahrhunderts an, während deutsche Politik der letzten Jahrzehnte zwischen emporkömmlingmäßiger Anmaßung und unvölkischer Liebdienerei eine denkbar unwürdige Rolle spielte und ziellos dahinplätscherte. Der deutsche Instinkt war verschüttet, die klare, seelische Einstellung war verschwunden, der Kultus des Verstandes züchtete eine wissensschwere kulturlose Generation heran . . .

Der August 1914 ließ es noch einmal erleben, welch ungeheure sittliche Kräfte lebendig waren. Das ganze Volk stand auf, um sein Sein zu wehren und zu wahren. Es schweißte alles Gute und Starke zusammen und trieb es, die gerechte Sache zu verteidigen. Aber auch das Schlechte und Feindliche sammelte seine Kräfte und wurde von den Scharen derjenigen unterstützt, die, ihrem eigenen Wesen entfremdet, nach dem ersten Rausch wieder dem verstandesmäßigen Wesen der letzten Jahrzehnte unterlagen und materiell-egoistische über ideelle Werte siegen ließen. Die Katastrophe, nach Opferung der Besten und nach Unterhöhlungsarbeit der Feindlichen und Entfremdeten, kam. Seitdem schreitet die Verfaulung bald langsamer, bald schneller vorwärts. Die leitenden Persönlichkeiten kennzeichnen diesen Prozeß zur Genüge.

Das deutsche Volk hat die Pflicht, um die neue Jahreswende seine tiefe Schuld sich selbst gegenüber zu erfassen: die Loslösung von dem Urquell seines Wesens, die materialistische Verflachung, die Gleichgültigkeit bei Wahrung seiner kulturellen Interessen. Ohne diese innere Umkehr ist auch der politische Kampf umsonst und wird zu keinem Siege führen. Die Umkehr hat jeder für sich zu vollziehen. Dann wird sich auch deutsches Volkstum wieder in Männern verkörpern können. Früher kommen sie nicht, und früher haben wir sie auch nicht verdient!

A. R.

Ein Deutschenfresser gestorben

Das „Berliner Tageblatt“ plünderte kürzlich wieder seine sämtlichen Treibhäuser, um dem großen Künstler Camille Saint-Saëns Lorbeeren zu streuen. Dieser französische Komponist verstarb kürzlich, 86 Jahre alt, in Algier, und nach dem „B. T.“ trauert nicht nur Frankreich um ihn. Er war unserer grimmigsten Feinde einer. In Frankreich schimpfte er ohne Unterlaß auf die „barbarische deutsche Musik“, auf Wagner, und Deutschland überhaupt. War er in Deutschland dann verbarg er seinen Haß. Sein „Samson und Delila“ ist durch deutsche Opernbühnen erst für Paris in den Sattel gehoben worden. In München ist er einige Jahre vor dem Krieg beim französischen (!) Musikfest als Gast gewesen. Man spielte ihm zu Ehren seine Oper, mit der Frau Malzenauer, die im Kriege ihre steierische Heimat verleugnete. Von einem bayerischen Prinzen hat er sich damals einladen lassen, und vom Kaiser hatte er den Pour le mérite der Friedensklasse bekommen und angenommen. Das hat ihn aber nicht abgehalten, weiterhin gegen Deutschland zu hetzen.

Französische Blätter bestätigen nun, daß der Komponist Saint-Saëns, der verbissenste Feind des deutschen Volkes und seiner Kunst, eigentlich Cohn hieß. Saint heißt: Heilig. Also Heiliger Cohn! Welch ein blutiger Spott und Hohn!

Zwei Bilder

I.

Es war ein lachender, sonniger Frühlingstag. Wir standen, mein Vater und ich, an dem Bienenstand und freuten uns des Lebens, das auf ihm herrschte. Mit trauriger Miene zeigte mein Vater auf einen Stock und sagte: „Dahin.“ Es war ein weisselloses Volk. Wir traten näher und konnten beobachten, wie die Raubbienen in immer größerer Zahl sich durch das Flugloch drängten und dort die letzten Reste von Nahrung raubten. Zwar hatte man das Loch enger gemacht, aber es half nichts, das weisellose und darum energielose Volk, das keine Lebenskraft mehr aufbringen konnte, ging zugrunde. Als wir einige Tage später wiederkamen, war alles still. Mein Vater hob den Korb an, die Zellen waren leer, die Bienen tot auf dem Brett. „Dahin.“

II.

Es war vor wenigen Tagen. Wir standen, ein Bekannter und ich, auf dem Bahnhof in Eydtkuhnen. „Armes Volk“, entrang sich meinen Lippen, als ich sah, wie immer mehr Leute zum Bahnhof eilten, teils im Kaftan, teils in moderner europäischer Kleidung, aber immer dieselben Nasen. Jenes Bild vom Bienenstande meines Vaters stieg mir auf. Armes weiselloses Volk. Bald sind auch deine Zellen leer. Denke daran! Sonst könnte auch auf dem Stand der Völker dereinst — vielleicht schon bald — der Imker kommen, den deutschen Stock aufheben und auch sagen, wie mein Vater: „Dahin.“

Kurt Gloger.

— Münchener Schauspielhaus. Sonntag, 1. Jan., abends 7 Uhr: Peer Gynt (Ende 3/4 11 Uhr). — Montag, 2. Jan., abends 1/2 8 Uhr: Königin Christine. (Christine — Hermine Körner.) (Ende 10 Uhr.) — Dienstag, 3. Jan., abends 7 Uhr: Peer Gynt (Ende 3/4 11 Uhr). — Mittwoch, 4. Jan., abends 1/2 8 Uhr: Kyritz-Pyritz (Ende 10 Uhr). — Donnerstag, 5. Jan., abends 7 Uhr: Peer Gynt (Ende 3/4 11 Uhr). — Freitag, 6. Jan., abends 1/2 8 Uhr: Moral (Ende gegen 10 Uhr). — Samstag, 7. Jan., abends 7 Uhr: Peer Gynt (Ende 3/4 11 Uhr). — Sonntag, 8. Jan., nachm. 1/2 4 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Pottasch und Perlmutter (Ende 6 Uhr). — Abends 7 Uhr: Peer Gynt (Ende 3/4 11 Uhr).

verbrecherische Wucher- und Schiebertreiben keine Besserung zu erhoffen ist. An den maßgebenden Versorgungsstellen ist man überhaupt nicht im Bilde, was gemacht werden soll. Selbst der Ausweg, den der Lebensmittelreferent des Stadtrats vorschlug, wurde nicht beschritten, weil der Stadtrat — man höre doch nur — keine 2400 Mark für die Säuglinge und kleinen Kinder übrig hat. Wohlgemerkt: der sozialistische Stadtrat Münchens!

Das klingt so ungeheuerlich, daß man schon die Stelle aus dem Sitzungsbericht des Stadtrats aus den „M. N. N.", Nr. 545, hersetzen muß. Die „M. N. N." sind gewiß nicht in dem Verdachte, in ernsten Angelegenheiten deutsch zu reden. In ihrem Bericht tun sie es auch nur ganz verschämt durch ein Aufzeichen. Hören wir:

„In der Stadtratssitzung machte deshalb der Lebensmittelreferent den Vorschlag, Versorgungsscheine für kleine Kinder auszugeben, die vorzugsweise vor den übrigen Kunden beliefert werden sollten. Der Großhandel hatte sich, wie wir hören, schon vorher in einer Besprechung mit dem Lebensmittelreferenten bereit erklärt, die erforderliche Menge Zucker für diese Vorzugslieferung bereitzustellen. Der Antrag wurde aber trotzdem vom Stadtrat abgelehnt, weil man die damit verbundene Ausgabe von 2400 M. (!) und vor allem einen gewissen Wiederaufbau des Lebensmittelamtes scheute."

Ganze 2400 Mark können für unseren sozialistischen (— um das Volkswohl besorgten!!) Stadtrat ein Hindernis sein, dafür zu sorgen, daß wenigstens die Säuglinge mit dem wichtigen Nahrungsmittel „Zucker" ordentlich und regelmäßig versorgt werden können! Zu Tausenden und aber Tausenden wird das Geld hinausgeworfen, und für diesen Zweck will man nicht einmal die Druckkosten für die Herstellung von Notstandskarten hergeben, die noch dazu nur ein einziges Mal gedruckt werden müßten! — Die Einwohner Münchens hätten alle Ursache, sich ernstlich zu fragen, wem sie denn eigentlich ihr und ihrer Kinder Schicksal anvertraut haben. Aber die jammernden Spießer haben ja auch bei dem seinerzeitigen Volksbegehren zur Absetzung dieses Stadtrates aus lauter Angst vor einer Handvoll Juden und Strizzi so glänzend versagt; die schauen lieber jammerselig zu, wie ihre Kleinen samt den Müttern verrecken und verzweifeln müssen. Auch dann, wenn ihnen der Stadtrat klipp und klar zu verstehen gibt: „Das Leben eurer Kinder und ihre Gesundheit ist uns noch nicht einmal 2400 Mark wert"? Auch dann??

Hsj.

Deutsche Hansabank A.-G.

Der Aufsichtsrat der Hansabank, e. G. m. H., München, hatte zum 16. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, welche sich in der Hauptsache mit der Beteiligung der Hansabank-Genossenschaft München an der Deutschen Hansabank A.-G. befaßte. Die beantragte Beteiligung durch Übernahme von Namensaktien mit Vorzugsstimmrecht wurde einstimmig genehmigt. Der Vorsitzende des Vorstandes der Hansabank-Genossenschaft München, Herr Bankdirektor Siemer und der für die Deutsche Hansabank A.-G. gewonnene Bankdirektor Rosenhauer, nahmen in dieser Generalversammlung Gelegenheit, über die Gründung der Deutschen Hansabank A.-G. eine Reihe von Mitteilungen zu machen. Mit Rücksicht auf die längeren Ausführungen im Handelsteil der „Frankfurter Zeitung" vom 16. Dezember und ähnliche Ausführungen in anderen Blättern dürften die Mitteilungen der beiden Direktoren nicht ohne Interesse sein. Die Bemängelung der „Frankfurter Zeitung" richtet sich zunächst dagegen, daß an Stelle der ursprünglich beschlossenen 24 Millionen Mark Kapital, nunmehr ein Gründungskapital von 150 Millionen Mark in Aussicht genommen sei. Diese Erhöhung wurde nach eingehenden Beratungen, unter Zuziehung führender Bankfachleute, beschlossen. Die Gründe für die Erhöhung lagen zunächst in der Geldentwertung, die sich seit dem Leipziger Beschluß des Konsortiums, mit 24 Millionen zu gründen, recht beträchtlich vervielfacht hat. Dazu kommt, daß der Geschäftsbereich der Hansabank-Genossenschaften sich seit jenem Beschluß ganz bedeutend erweitert hat, einmal durch die Eröffnung einer Reihe von Filialbetrieben und durch den inzwischen erfolgten und weiterhin geplanten Hinzutritt weiterer Hansabank-Genossenschaften. In jüngster Zeit ist von einer Reihe von alteingesessenen Privatbankhäusern der Wunsch laut geworden, die Deutsche Hansabank A.-G. als Girozentrale zu benützen und In- und Auslandsgeschäfte durch sie zu vollziehen. Es haben sich von mittelständischen Kreditinstituten, die auf genossenschaftlicher Basis stehen, inzwischen angeschlossen: die Breslauer Volksbank, jetzt Hansabank Schlesien, die Gewerbebank Coblenz, jetzt Hansabank Coblenz, die Gewerbe- und Landwirtschaftsbank Altötting, jetzt Filiale der Hansabank München; außerdem die Kriegskreditbank A.-G. Augsburg. Die Hansabank Oberschlesien in Beuthen mit Filialen in Hindenburg und Oppeln, die Hansabanken Essen, Frankfurt mit Zweigbetrieb in Hanau, die Hansabanken Mannheim, München mit Filialen in Aschaffenburg, Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg, Pforzheim sind schon seit längerer Zeit im Konzern. Eine Reihe von Anträgen auf Übernahme weiterer gut fundierter Genossenschaftsbanken liegen vor. Derartige Eingliederungen bzw. Umwandlungen sind dem Umstande entsprungen, daß es manchen lokalen Genossenschaftsbanken unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr möglich ist, ihre Geldwirtschaft ohne Anlehnung an eine finanzkräftige Spitzenorganisation abzuwickeln. In der Entschließung des Hansabankenkonsortiums vom 4. Dezember 1920 ist bereits zum Ausdruck gebracht, daß die Hansabanken keineswegs für bestehende Genossenschaftsbanken eine Konkurrenz sein wollen; sie bezwecken vielmehr eine Ergänzung der durch die bestehenden Genossenschaftsbanken in die Tat umgesetzten mittelständischen Selbsthilfebestrebungen. Das Konsortium hat, um diesem Gedanken Nachdruck zu verleihen, neuerdings beschlossen, bestehende Genossenschaftsbanken, die Anschluß an eine im genossenschaftlichen Geiste verwaltete Spitzenorganisation suchen, diesen auch dann zu gewähren, wenn sie in der Hansabankenbewegung nicht aufgehen, sondern ihre besondere Eigenart bewahren wollen. Die Hansabanken gehen hierbei von dem Gesichtspunkte aus, daß das genossenschaftliche Kreditwesen in den Städten und auf dem Lande, gleichviel welcher Art, unbedingt erhalten bleiben und daß die Gefahr abgewendet werden muß, daß diese Banken, die in unserem Wirtschaftsleben bereits fest verwurzelt sind, ihrer genossenschaftlichen Eigenart durch Aufsaugung entkleidet werden. Aus den gleichen Erwägungen heraus sollte den anschlußsuchenden soliden Privatbankgeschäften dieser Anschluß nicht verweigert werden, da auch sie eine traditionelle und für die Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens nicht unbedeutsame Erscheinung unseres Wirtschaftslebens darstellen, an der die Hansabankenbewegung, die sich den Schutz des mittelständischen Einzelunternehmers zur Aufgabe gemacht hat, nicht vorübergehen darf.

Dieser Geschäftserweiterung innerhalb Deutschland steht auch eine beträchtliche Geschäftserweiterung nach dem Auslande hin gegenüber. — Die deutschen Hansabanken, die Hanzebank Utrecht in Holland mit über 70 Zweigbetrieben, sowie die Schweizerische Genossenschaftsbank haben am 22. Oktober d. J. eine Vereinbarung getroffen, welche die genannten Banken zu gemeinsamer Tätigkeit innerhalb eines Konzerns vereinigt. Inzwischen ist diesem Konzern weiterhin beigetreten die Tiroler Vereinsbank, Sitz Bozen, mit ihren südtiroler Filialen. Nach der in nächster Zeit erfolgenden Umgründung der Vereinsbank Nordtirol, Sitz Innsbruck, wird auch diese Bank mit in den Konzern eintreten. Verhandlungen mit Ungarn stehen unmittelbar vor dem Abschluß, bereits angeknüpfte Verhandlungen mit mittelständischen Banken anderer Länder lassen erwarten, daß mit der Eingliederung auch dieser Banken und ihrer zahlreichen Niederlassungen ein leistungsfähiger und tragfähiger Konzern zur wirtschaftlichen Förderung des christlichen Mittelstandes seine Vollendung erhält. Wesentlich für die Hansabank A.-G. ist hierbei, daß die genannten Auslandsinstitute nicht allein ihren deutschen Geschäftsverkehr mit der neuen Bank abwickeln werden, sondern daß sie auch große deutsche Markguthaben bei den Hansabanken angelegt haben und noch weiterhin anlegen werden, um auf diese Weise die von ausländischen Mittelstandskreisen stammenden Gelder dem deutschen Mittelstande zu seinem Wiederaufbau zuzuführen. Die Gewähr für derartige Einlagen verlangt aber ein Eigenkapital der deutschen Hansabank A.-G., das zur Höhe der Einlagen in einem gesunden Verhältnis steht; sie wäre durch ein Kapital von nur 24 Millionen Mark noch nicht geboten. Aber auch mit Rücksicht auf die inländischen Einleger war eine höhere Bemessung des Aktienkapitals erforderlich, weil von vornherein ein gesundes Verhältnis zwischen fremden und eigenen Mitteln geschaffen werden muß. Dieser gesunde Grundsatz gehörte in der Vorkriegszeit zu den Prinzipien der Aktienbanken und wird von diesen auch heute wieder unter Berücksichtigung der Geldentwertung durch fortgesetzte Kapitalserhöhungen zu verwirklichen gesucht. Niemand wird leugnen wollen, daß es einem Gebot der Vorsicht und der Voraussicht entspricht, daß eine neue Bank mit einem derart weiten, bereits gesicherten Aktionsradius, wie ihn die Deutsche Hansabank A.-G. schon vorfindet, durch ein zu kleines Eigenkapital sich nicht selbst die Zukunft und insbesondere die finanzielle Selbständigkeit in Frage stellen darf. Bei einer Geldentwertung gegenüber dem Valutastand im Auslande bis zu einem Verhältnis von etwa 1 zu 50 kann man bei einer Bankengründung, wie sie hier vorliegt, im Ernste von einem übermäßig hohen Eigenkapital nicht sprechen. Eine Bank mit niedrigem Eigenkapital kann nie den Geschäftsumfang erreichen, der die für einen jungen Betrieb notwendigen Reserven abwirft und auch die Spesen einer wirklich erstklassigen Führung und Leitung durch erstklassiges Personal trägt.

Die Nachfrage nach Hansabank-Aktien übersteigt den Betrag von 170 Millionen Mark. Irrig wäre jedoch die Meinung, daß diese starke Nachfrage als solche die Ursache der Höhersetzung des Aktienkapitals gewesen sei. Schon vor der Eröffnung der Emission war man im Konsortium darüber im klaren, daß bei der Ausdehnung, welche die Geschäfte angenommen hatten, ein weitaus höheres Eigenkapital unbedingt erforderlich sein werde. Unentschieden war nur die Frage, ob dieses Kapitel sofort oder auf dem Wege mehrerer Emissionen hereingenommen werden solle. Wenn auch eine Reihe von Personen aus spekulativen Gründen und aus der Zeittendenz heraus gezeichnet haben mag, so steht doch fest, daß die große Überzahl der Interessenten sich aus Leuten rekrutiert, die von der großen wirtschaftlichen Bedeutung und Notwendigkeit der Hansabankenbewegung überzeugt sind und durch Übernahme von Aktien den Willen bekunden, eine aus dem Selbsterhaltungstrieb des christlichen Mittelstandes entsprungene bedeutsame Tat auch mit großen Mitteln zu fördern.

Die „Frankfurter Zeitung" kritisiert weiter, daß die Hansabank-Genossenschaften 12 000 Namensaktien mit zehnfachem Stimmrecht übernehmen werden, während die Zahl der Inhaberaktien 138 000 beträgt. Hierzu wird bemerkt, daß nach einem neuerlichen Beschluß des Konsortiums geplant ist, die Hansabank A.-G. bei den verschiedenen Hansabank-Genossenschaften mit M. 500 000,— Genossenschaftsanteilen zu beteiligen, um sich dadurch einen maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsgebahrung der Hansabank-Genossenschaften zu sichern. Die Hansabank-Genossenschaften übernehmen als Gegenwert hierzu weitere 2000 Namensaktien mit 25%iger Einzahlung. Es stehen dann 14 000 Namensaktien mit zehnfachem Stimmrecht 138 000 Inhaberaktien gegenüber. Wer den Aufbau der Hansabankenbewegung kennt, kann hierin niemals eine Majorisierung der Inhaberaktionäre erblicken. Die Besitzer der Namensaktien, die Hansabank-Genossenschaften, sind keine Großkapitalistengruppe, sondern eine Zusammenfassung der mehr als 8000 Genossenschaftsmitglieder, deren Zahl andauernd im Steigen begriffen ist und die das Gros der sog. majorisierten Kleinzeichner darstellen. Es steht auch denjenigen Zeichnern von Inhaberaktien, die noch nicht Mitglieder der Genossenschaft sind, jederzeit frei, sich als solche zu melden und damit einen weiteren Einfluß auf die Aktiengesellschaften zu sichern. So wird durch die getroffenen Maßnahmen keine Entrechtung der Inhaberaktionäre herbeigeführt, sondern im Gegenteil verhindert, daß es einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten gelingen könnte, sich durch Aufkauf großer Aktienpakete die Herrschaft in den Generalversammlungen zu sichern.

Nur so kann sich die Hansabank A.-G. davor schützen, daß in deren Organen nicht Kreise zur Herrschaft gelangen, die die Grundsätze und das Programm der Hansabankenbewegung

---

Am Schlusse eines an Kämpfen und Mühen reichen Arbeitsabschnittes drängt es die Leitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, allen Ortsgruppenführern, Sektionsleitern und Parteigenossen Dank zu sagen für die im Laufe des Jahres 1921 geleistete aufopferungsfreudige Mitarbeit.

Die Parteileitung wünscht allen Parteigenossen ein glückliches und besseres neues Jahr, und hat insbesondere den Wunsch, daß der Geist der eisernen Entschlossenheit, der uns im alten Jahre so manchen, nicht unbedeutenden Erfolg verschafft hat, daß der Geist rücksichtslosen Draufgehens gegen alles, was unser Volk in das gegenwärtige fürchterliche Unglück gestürzt hat, auch im neuen Jahre alle in der Bewegung tätigen Parteigenossen beseelt und somit die unumgängliche Voraussetzung bildet zum siegreichen Fortschreiten der Bewegung im neuen Jahre.

Ganz besonderen Dank entbietet die Parteileitung noch all jenen Parteigenossen, Freunden und Gönnern, sowie nicht organisierten Anhängern unserer Sache, die, obwohl selbst oft in den beschränktesten Verhältnissen lebend, kein finanzielles Opfer scheuten, um der Bewegung die so bitter notwendigen und stets mangelnden Mittel zur organisatorischen Entfaltung sicherzustellen.

Die Parteileitung dankt schon jetzt für alle ihr zugedachten Glückwünsche anläßlich des Jahreswechsels und bittet, von Glückwunschschreiben und etwaigen persönlichen Besuchen Abstand nehmen zu wollen.

Heil 1922!

Die Leitung der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

„Peer Gynt" im Schauspielhaus

Unter sämtlichen Münchener Blätter war ausgerechnet die „München-Augsburger Abendzeitung" das einzige, das noch immer die Stirn hatte, die seinerzeit von dem Allerweltsliteraturjuden Georg Brandes vermittelte und daraufhin von der ganzen Judenpresse jahrzehntelang in den Himmel gehobene Pfuscherübertragung des „Peer Gynt" durch Christian Morgenstern als eine „viel getreuere und poetischere Übersetzung" gegen meine Nachdichtung des Werkes auszuspielen; womit des „nationale" Organ des Herrn Pfarrer Traub sogar die total und offenkundig verjudete, in diesem Fall aber vorsichtig gewordene „Münchener Post" wieder einmal um so und so viele Eselslängen überjudete. Durch seine ganze Arbeit hindurch, um nicht zu sagen, Zeile für Zeile, „dichtet" Morgenstern, wie folgt:

„Mutter, hast du den
Gendingrat einmal geseh'n?

—

Haut er dich, so frag' ich: haust
Du nicht auch 'ne gute Faust?

—

Solang' sperr' ich den Mund auf,
Bis der Bau'r zuletzt den Hund auf
Dich wie auf 'nen Stromer hetzt!

—

Ich heiße Solvejg. — Und wie heißt Du?
Peer Gynt.
O, Heiland!
Was ist denn nu —?

—

ert vorn auf dem Kutschbock saß ich —
d wer dann die Zügel verlor,
er war das? Mein Alterchen, das si
nwandt' und mich fragt', ob ich fror.

—

ch, kein Jagdgelärm war, Herr, es;
Etwas weit Verfänglicheres."

und da bringt so ein Schmock auch noch heutzutage, nachdem meine Nachdichtung diesen unglaublichen Mist fast auf allen deutschen Bühnen verdrängt hat, das Kunststück fertig, das Wort „poetisch" überhaupt in den Mund zu nehmen! Nicht einmal für eine Bierzeitung würde ich derartige Reime durchgehen lassen, geschweige denn für eine der größten Dichtungen der Menschheit — ein Urteil, das mir schon 1911 kein geringerer, als Ibsens Sohn selbst, der ehemalige Staatsminister Dr. Sigurd Ibsen, brieflich bestätigte!

Die übrigen Münchener Kritiker fanden, wie bemerkt, doch ein Haar darin, den alten Rummel auch diesmal wieder mitzumachen, wenn es auch bei den meisten, wie z. B. bei dem der „Münchener Ztg.", nicht ohne liebevollen Seitenblick auf Morgenstern abging (Art kann eben mit dem besten Willen nicht von Art lassen); dafür aber schwefelten fast alle über den Geist des Werkes ein Zeug zusammen, daß bei einigem Nachdenken sogar die betagtesten Matronen vor den hanebüchenen Widersprüchen in die Wochen kommen müßten. Keinen blassen Dunst davon, was „die Grüne", was „der große Krumme" usw. bedeuten, d. h. einzig und allein bedeuten können; selbst im besten Fall, wie in Berlin und anderswo, nur ein jämmerliches Ungefähr! „Nichts gelernt und nichts vergessen", sagt alles nur in allem, oder, noch besser: „Journaille". Eine Perle ist wieder einmal unter die Rüsselkäfer geraten.

Meinetwegen. An dem großen und nachhaltigen Erfolg des Werkes wird dadurch ebensowenig geändert, wie an den (trotz einzelner Mißgriffe) hervorragenden Leistungen des neuen Regisseurs Hoch und des Vertreters der Titelrolle, Wüstenhagen, wie überhaupt wohl der meisten Mitwirkenden; und das wird der Fall sein, auch wenn der Kritiker der „Bayerischen Staatszeitung" die bewußte Lüge, daß bereits die erste Wiederholung nach den Feiertagen „ziemlich schwach besucht war", noch hundert- und tausendmal mit der versteckten Hoffnung auf ein baldiges Verschwinden des „Peer Gynt" verbindet.

Dietrich Eckart.

Der Jude und die deutsche Frau

Das Hauptkampfmittel des Juden ist das Geld. Mit ihm kauft er alles: Häuser, Wälder, Fluren, Städte, Staaten, „Liebe" und „Frauen". Deutsch geschriebene Zeitungen öffnen ihre Spalten, besonders im Anzeigenteil dem jüdischen Geldbeutel, Zeitungen, die im Textteil von Nationalstolz fast platzen. So auch die „Münchner Neuesten Nachrichten". Ihre Nr. 544 bringt ein besonders deutliches Beispiel, das wir wortwörtlich abdrucken wollen. Es lautet:

Gebildeter junger Kaufmann, der sehr zurückgezogen lebt und heiraten möchte, sucht: junge Dame im Alter von möglichst 17—21 Jahren, nur aus erster und gediegenster Familie, möglichst aus Kreisen der Großindustrie, Großfinanz oder alter Patrizierfamilie. — Bedingung: Christin, Austritt aus der Kirche, schlanke, elegante, rassige Erscheinung, mit bester Kinderstube, Bildung, reiner Charakter, möglichst blond und über 1,76 Meter groß. Es kommt nur eine Dame ohne jedes oder mit Millionenvermögen in Frage, die Sport und Musik ausübt, bietet: die verlangten Eigenschaften und ist selbständiger, im Großhandel stehender Kaufmann mit jährlichem Einkommen von zirka einer Million. — Ich bitte die Eltern oder das betr. junge Mädchen, mit mir in Verbindung zu treten und wäre für Einsendung eines Bildes dankbar. Gefl. Offerten unter Wilm H. 740 an die Expedition des „Berliner Tageblattes", Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstr. 88.

Er, der Jude, gibt sein Alter nicht an; das für seine zukünftige „Angebetete" soll zwischen 17 und 21 Jahren sein; ein Alter also, in dem ein Mädchen immerhin noch ziemlich ohne eigenen Willen ist. Wie viele eitle, dumme, selbstsüchtige, kupplerische Eltern, Väter oder Mütter mögen auf dieses zynische Angebot tatsächlich geschrieben haben?

Hsj.

— Münchener Lustspielhaus. Joseph Berger, der berufen war, ein Nachfolger des zu früh verstorbenen Ludel zu werden, sich aber dann dem Film verschrieb, kehrt zur Bühne zurück. Direktor Olfers hat den Künstler verpflichtet, in der Faschingskomödie des Lustspielhauses, „Der verjüngte Adolar", die Titelrolle zu spielen.

zu unterminieren in der Lage wären. In diesem Programm und in den Satzungen der Genossenschaften wie der Deutschen Hansabank A.-G. kommt zum Ausdruck, daß die Hansabanken die Interessen des stark gefährdeten christlichen Mittelstandes wahren und auf dem Boden einer christlichen Kultur- und Weltanschauung den Gemeinschaftsgeist im deutschen Wirtschaftsleben pflegen wollen. Das ist keine Kampfansage gegen Angehörige nichtchristlicher Bekenntnisse oder gegen das Großkapital, sondern ein Akt ehrlichen, offenen Existenzkampfes des christlichen Mittelstandes, insbesondere des selbständigen mittleren und kleineren Unternehmertums.

Auch aus gesetzlichen Gründen besteht die Notwendigkeit, den Hansabank-Genossenschaften den ausschlaggebenden Einfluß in der A.-G. zu sichern. Die im Kapitalfluchtgesetz an die Erfüllung ganz bestimmter Voraussetzungen geknüpften Bankgeschäfte können einer Zentralstelle von Genossenschaften, die in einer nicht genossenschaftlichen Form gegründet wird, nur dann genehmigt werden, wenn Vorsorge getroffen ist, daß in dieser Zentralstelle Genossenschaften ausschlaggebend vertreten sind, die den in Frage kommenden Bestimmungen des Kapitalfluchtgesetzes genügen. Im übrigen werden die Inhaberaktionäre, die durch die Genossenschaften noch nicht vertreten sind, im weitestgehenden Maße Vertreter im Aufsichtsrat sitzen haben. Die Hansabank-Genossenschaften werden ihr Stimmgewicht nur soweit zur Auswirkung kommen lassen, als es sich um Verhinderung von Maßnahmen handelt, die geeignet wären, das Wesen der Hansabankbewegung und die Interessen des christlichen Mittelstandes zu gefährden.

Auf Anfrage aus der Mitte der Generalversammlung wurde vom Referenten noch erklärt, daß für die mit der Einzahlung zuströmenden großen Geldmittel, die naturgemäß erst mit dem weiteren Ausbau der A.-G. in dieser voll investiert werden können, eine sofortige, das Kapital flüssig haltende und gleichzeitig äußerst günstige Anlagemöglichkeit bei einer allerersten bestfundierten Großbank gesichert ist. Auf weitere Anfrage wurde erklärt, daß die Hansabank-Genossenschaften den Wertpapier-, Sorten- und Devisenhandel unter grundsätzlichem Ausschluß jeder eigenen Spekulation der Bank lediglich kommissionsweise für ihre Genossen und Kunden betreiben. Die Deutsche Hansabank A.-G. wird in dieser Beziehung nach dem gleichen Grundsatze arbeiten.

Postreklame und das Reichspostministerium

Unsere Geschäftsstelle hatte mit der „Postreklame" München NW. 2, Marsstraße 14, eine telephonische Abmachung für die Aufgabe einer allgemeinen Reklame getroffen und dahingehend eine Zusage erhalten. Am 23. Dezember 1921 kam von der Marsstraße 14 ein sehr durchsichtiger, fadenscheiniger Begründungsschrieb, warum der Auftrag nicht ausgeführt werden könne. Wir bringen das Antwortschreiben jener Stelle wörtlich und bitten die fade Ausrede zu beachten, die wir durch Sperrdruck hervorgehoben haben. Das Schreiben lautet:

„Soeben in den Besitz Ihres Geehrten vom 21. Dezember 1921 gelangt, sind wir leider gezwungen, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß vom Reichspostministerium, das sich die Entscheidung über Aufnahme von Werbeanzeigen von Zeitungen und Zeitschriften vorbehalten hat, eine Antwort noch nicht eingegangen ist. Unsere seinerzeitige fernmündliche Zusage geschah in der Annahme, daß die Entscheidung noch rechtzeitig eintreffen werde. Wir konnten aber auch heute auf unseren Anruf hin nichts in Erfahrung bringen. Wegen der Kürze der Zeit ist infolgedessen die Ausführung Ihres geschätzten Auftrages, der jedenfalls nach dem 1. Januar 1922 für Sie wertlos würde, nicht möglich. Wir bedauern daher lebhaft, Ihrem Wunsche nicht entsprechen zu können, und zeichnen

Hochachtungsvoll

Postreklame München.
(Unterschrift.)"

Die Probe aufs Exempel gelang! Jetzt wissen wir ganz bestimmt, daß der „Völkische Beobachter" erst zur Postreklame zugelassen wird, wenn alle postalischen Reklameflächen mit den Anpreisungen der „Zukunft" des Juden Harden, der „Weltbühne" des Juden Jakobsohn, der „Welt am Montag" des „Pazifisten" Helmuth (!!) von Gerlach usw. verhunzt sind. Aber dann pfeifen wir darauf. Übrigens: unsere Lichtbildreklame z. B. im „Platzl" hat doch schon längst bewirkt, daß dort kein Jude sich wohlfühlt, wenn je ein frisch zugereister Galizier sich dorthin verirrt. Das Schreiben aus der Marsstraße hat nicht einmal den Mut, offen und frei weg zu sagen, daß das Reichspostministerium des Herrn Giesberts einfach abgelehnt hat. Das hätte ruhig geschehen dürfen, wir hätten sogar mehr Achtung davor gehabt als so, wo wir nicht mehr ganz sicher wissen, ob die bayerische Postreklamestelle denn wirklich nur und ganz allein auf das Judenbabel Berlin hört.

Hßj.

Der Irrtum des Kredits

Die heute herrschende nationalökonomische Lehrmeinung versteht unter Kredit das Vertrauen, das irgend jemand genießt, darin, daß er seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen werde. Das Kreditgeschäft ist die Hingabe von Geld, Diensten oder sonstigen Werten als Darlehen gegen das Versprechen der Zinszahlung und auch der früheren oder späteren Rückzahlung. Als maßgebend für die Gewährung des Kredits sind anzusprechen die Leistungsfähigkeit des Schuldners, die sich in der Praxis in seinem Besitz ausdrückt, ferner das Vertrauen auf seinen guten Willen, d. h. seiner Ehrlichkeit, und endlich die gesetzliche Sicherheit, den Schuldner zur Zahlung zwingen zu können. Diese Definition stellt sich dar als eine Leistung einer Person an eine andere, der notwendigerweise eine Gegenleistung gegenüberstehen muß. Diese Gegenleistung ist der Zins. Diese Charakterisierung des Kredits wird mit großem Unrecht volkswirtschaftlich genannt; denn sogar der oberflächliche Beschauer wird feststellen können, daß lediglich privatwirtschaftliche Gesichtspunkte darin zum Ausdruck kommen. Der leitende volkswirtschaftliche Gedankengang der Produktion und der Wertschaffung wird auch nicht andeutungsweise berührt. Wenn wir von der vorliegenden Definition ausgehen wollen, müßten wir sagen, daß die Produktion so wenig Zusammenhang mit dem Kredit hat, daß letzterer als Selbstzweck bestehen kann. Das trifft auch tatsächlich zu; denn es dürfte wohl einwandfrei feststehen, daß es zahllose Kreditinstitute gibt, die das Kreditgeschäft als Erwerb treiben und keineswegs eine Förderung der Produktion bezwecken.

Betrachten wir aber die Sache volkswirtschaftlich, so kommen wir zu einer ganz anderen Schlußfolgerung: Der Kredit ist dazu da, brachliegende Arbeitskräfte und Kapitalien in den Dienst des Volkes in Gestalt der Produktion zu stellen. Das Vertrauen richtet sich nicht auf die Zahlungsfähigkeit des Schuldners, sondern auf seine Fähigkeit, Werte zu schaffen, die eine Bereicherung des Volkes darstellen. Eine Zinszahlung würde dann einmal bedeuten, daß sich der Geldgeber für das Vertrauen bezahlen läßt, und ferner würde sie eine Art Besteuerung der produktiven Kraft darstellen. Im Gegensatz zu der obigen Definition müssen wir also sagen, daß wir unter Gewährung von Kredit verstehen, die leihweise Hingabe von Werten aller Art gegen das Versprechen einer Nutzbarmachung im Sinne der nationalen Produktion und der Rückzahlung. Ist durch die Verwendung des Darlehens ein produktiver Erfolg erzielt worden, so ist die Gegenleistung als geleistet zu betrachten, und es bleibt nur die Rückzahlung übrig. Eine weitere Zahlung an den Gläubiger ist durchaus zu verwerfen, da wir uns prinzipiell auf den Standpunkt stellen müssen, daß jeder Mensch nur die Früchte seiner eigenen Arbeit genießen darf. Wenn also ein Kapitalbesitzer nicht fähig ist, seine Gelder mit eigener Kraft einem produktiven Zweck nutzbar zu machen, so soll ihm aber auch nicht das Monopol gegeben sein, von der Arbeitskraft anderer Volksgenossen zu zehren. Wenn wir also den Geldumlauf von der produktiven Arbeitsleistung abhängig machen, so haben wir gleichzeitig den Zins, und damit auch den Kredit als Selbstzweck beseitigt.

U. P.

Deutsche Volksgenossen!

!

Die Presse ist die Hauptträgerin unseres Kampfes. Mit dieser Kampffackel können wir aber nur mit Erfolg vorwärts schreiten, wenn ihr alle uns mit der hierzu unbedingt notwendigen Kleinarbeit unterstützt. Worin besteht diese Arbeit?

Werbt von Mund zu Mund für den „Beobachter"

Werft keine einzige gelesene Nummer weg, sondern gebt sie zum Lesen an andere Volksgenossen weiter.

Verlangt in allen Lokalen und an allen Orten

den „Beobachter"

Jeder einzelne übernehme die Ehrenpflicht, mindestens einen Abonnenten dem „Beobachter" zuzuführen. Auf diese Weise wird schon in einem einzigen Monat die Abonnentenzahl um das Doppelte erhöht.

Veranlaßt eure Geschäftsleute zum Inserieren im

„Beobachter"

Unterstützt nur diejenigen Geschäftsleute, die dem „Beobachter" Inserate zuführen. Nehmt bei allen euren Einkäufen und Handlungen Bezug auf den „Völkischen Beobachter". Übernehmt diese wichtigste Arbeit, und nur mit eurer aktiven Hilfe werden wir bald in die Lage kommen, mit einer großen Tageszeitung gegen die jüdische und verjudete deutsche Presse einen verstärkten Kampf zu führen.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Ortsgruppe Landshut

Am Montag nachmittag (Stephanitag) fand im weihnachtlich geschmückten Ainmillerkeller die Weihnachtsfeier der hiesigen Ortsgruppe statt. Der Besuch war ein so zahlreicher, daß mancher leider wieder umkehren mußte, da der Saal überfüllt war. Nach einigen einleitenden Musikvorträgen trugen die kleine 7jährige Maria Henberger sowie die 10jährige Frieda Hofbauer ein paar herzige Weihnachtsgedichte vor, welche mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Darauf ergriff der erste Vorsitzende Herr Weidmüller das Wort, begrüßte die so überaus zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste und wies dann in ausführlicher Weise über die Entstehung der Weihnachtsfeier oder des altgermanischen Julklapp-Festes hin; auch ihm lohnte reicher Beifall. Als es dann im Saale dunkel wurde, der schlichte Weihnachtsbaum im Lichte der Kerzen erstrahlte und die Klänge des Liedes: „Stille Nacht, heilige Nacht" ertönten, da hat wohl jeder wieder den stillen feierlichen Ernst unseres Weihnachtsfestes empfunden. Und mit welcher Freude nahmen dann die Kleinen die schlichten Gaben entgegen, die opferfreudige Herzen gespendet! Herr Weidmüller stattete darauf auch allen Gebern und treuen Helfern den herzlichsten Dank ab. Herr Schrafstetter, unser 2. Vorsitzender, überraschte uns hiernach mit Proben seiner Kunst; das Soldatenlied vom „Schwarz-braun-blonden Mädel" löste stürmischen Beifall aus, nicht minder seine teils ernsten, teils heiteren Vorträge.

Über die Not unseres armen geknechteten Vaterlandes sprach Herr Darl in eindringlichen Worten. Er führte u. a. aus, daß wir endlich einmal zur Erkenntnis gelangen müssen, daß es nur einen Weg gibt, der zum Ziele führt. Diesen Weg müssen wir beschreiten und mit eisernem Willen den Kampf aufnehmen gegen Alljuda und seine Helfershelfer! Nur so kann uns wieder ein großes wahres Deutschland erstehen. Damit wir dieses verwirklichen können, müssen wir alle, Arbeiter wie Bürger, getreulich mitarbeiten; denn das sind wir nicht nur uns, sondern auch unsern Kindern und Kindeskindern schuldig, und dieses wollen wir auch heute am Weihnachtstage treulich geloben. — Aufrichtigen Beifall fanden seine von Herzen kommenden Worte.

Mit einigen stimmungsvollen Musikstücken wurde dann die Feier beendet. Wenn sie auch schlicht und einfach war, so hat wohl jeder die Überzeugung gewonnen, ein deutsches Weihnachtsfest im Kreise Treugesinnter erlebt zu haben. Möge diese Erkenntnis dahin wirken, uns in Zukunft noch fester zusammenzuschließen, denn: „Einigkeit macht stark!"

•

Ortsgruppe Zwickau. Die am 11. Oktober 1921 gegründete Ortsgruppe hielt am 15. d. M. ihren ersten erweiterten Sprechabend, zu dem sie Volksgenossen aller Kreise eingeladen hatte, ab. Es sprach Pg. Herr Esser, München, über: „Unser Programm und der Parlamentarismus". Langanhaltender stürmischer Beifall am Schluß seines 2½stündigen Vortrags bewies, daß er mit seinen trefflichen, von Begeisterung getragenen Worten allen aus den Herzen gesprochen hatte.

An der Aussprache beteiligten sich zwei „unabhängige" Bonzen. Sie führten im wesentlichen das aus, was man regelmäßig von marxistisch Bebrillten zu hören bekommt und was ja jeder Nationalsozialist aus dem Kopf hersagen kann. Neu war nur, daß der eine vor lauter Wut über die D. A. P. plötzlich sein mitfühlendes Herz fürs Bürgertum entdeckte. Er meinte: „Das Bürgertum müsse sich durch die Worte des Referenten ins Gesicht geschlagen fühlen, und es dürfe sich so was nicht bieten lassen" usw. Allgemeines Gelächter war die Antwort. Als er in Beschimpfungen und Drohungen ausartete, wurde ihm das Wort entzogen. In Anbetracht der nicht mißzuverstehenden Haltung der Sturmabteilung trat er wohl oder übel ab. Noch vor dem Schlußwort des Pg. Esser zogen es die beiden Bönzchen vor, mit ihrer 14 Mann starken Leibgarde zu verschwinden.

Sprechabende der Ortsgruppe finden jeden Donnerstag im „Weihenstephan" Schloßstraße, statt.

•

Pg. Dr. Schilling zum zweiten Male mit einem Journalistenpreise ausgezeichnet

Pg. Dr. Schilling, der bereits heuer im Frühjahr für seine Arbeit „Der Kampf der deutschen Minderheiten" in unserer Monatsschrift „Volk und Gemeinde" den ersten Preis erhalten hatte, hat sich nun abermals an einem Preisausschreiben des „Mutterlandes" beteiligt. Die Preisfrage lautete: „Wo und wie soll Neudeutschlands Hauptstadt sein?" Dr. Schilling errang den dritten Preis für seine Einsendung unter dem Kennwort „Saxa loquuntur". Es waren im ganzen 17 Einsendungen eingelaufen und wurden nur vier Preise zuerkannt. Der erste Preis gelangte überhaupt nicht zur Vergebung, den zweiten Preis errang ebenfalls ein Parteigenosse, Ferdinand Ertl, der Führer der deutschen Eisenbahner.

•

Das Hauptkampfmittel

einer jeden Bewegung ist ihre Presse. Eine Bewegung ohne Presse ist von vornherein zum Tode verurteilt, mag sie auch die idealste sein. Nicht umsonst hat die saubere Börsianerzunft — mit Rathenaus 300 an der Spitze — fast die gesamte in deutscher Sprache erscheinende Presse in Abhängigkeit gebracht (bei anderen Staaten ist's nicht viel besser) und läßt sich dies ein schönes Stück Geld kosten!

Dies kann nur durch regste, andauernde Mitarbeit aller Parteigenossen und Gesinnungsfreunde ausgeglichen werden; denn Unterstützung von irgendeiner Seite haben wir nicht zu erwarten. Darum, Parteigenossen, Gesinnungsfreunde, ist es unsere verdammte Pflicht, unsere einzige Waffe in dieser Hinsicht — den „Beobachter" — nicht nur scharf und schneidig zu erhalten, sondern auch dafür zu sorgen, daß uns diese nie entwunden werden kann. Werben wir immer und überall für unser Organ, und veröffentlichen wir Anzeigen aller Art in demselben. Wo aber bleiben von vielen von euch die Stellen- und Kaufgesuche und -angebote? Und vor allem die Familienanzeigen? Gewiß wird ein großer Teil nicht mehr in der Lage sein, seine Familienereignisse in der Zeitung anzuzeigen, aber das trifft nicht bei allen zu. Wo veröffentlicht ihr, was ihr zu veröffentlichen habt? In irgendeiner Judenschmiere oder günstigstenfalls einem flaumweichen — feigen Spießbürgerblatt? Ach so, ihr müßt Rücksicht auf Basen, Muhmen, Vettern, Tanten usw. nehmen! Nun — dann nehmt weiter Rücksicht! So lange, bis auch ihr euch den „Luxus", Familienereignisse in der Zeitung anzuzeigen, nicht mehr leisten könnt. Ich, und alle, die mir beistimmen, werden im „Völk. Beobachter" anzeigen und die Zeitung mit der Anzeige den Onkels, Muhmen usw. in die Hand drücken, oder zusenden — wenn sie neben der Anzeige noch ein bischen was auf der anderen Seite lesen, wird's ganz bestimmt nichts schaden. — Dazu beitragen, daß der Anzeigenteil des „Beobachters" ein finanzielles Rückgrat wird, ist Pflicht aller Parteigenossen. Wer selbst keine Anzeige aufgeben kann, werbe bei anderen Gesinnungsfreunden. Dann zeigen wir auch auf diese Weise dem Feind, daß wir ideell und wirtschaftlich ein Ganzes sind und noch mehr werden wollen.

F. Tittmann, Zwickau.

Nochmals Mayer-Koy und die Königspartei

Auf unseren Artikel „Die judenreine Königspartei und Mayer-Koy in Nr. 97 des ‚V. B.'" schickt uns Mayer-Koy folgende Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß es sich bei den von Herrn Schrönghamer gegen mich erhobenen Beschuldigungen — zwiespältiges Verhalten in der Judenfrage, Diebstahl geistigen Eigentums, Vorspiegelung falscher Tatsachen in betrügerischer Absicht, Vertragsbruch, Verleumdung usw. — um gerichtlich festgestellte Dinge handelt.

Wahr ist vielmehr, daß Herr Schrönghamer in der Hauptverhandlung am Schöffengericht Passau am Schlusse der mehrstündigen Beweisaufnahme alle oben angeführten Anwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen hat."

Dazu bemerken wir ausdrücklich und nachdrücklichst, daß für die von Mayer-Koy hier berichtigten Tatsachen Herr Schrönghamer-Heimdal sich auf die beim Gerichtsakt liegenden Beweisstücke und Briefe stützt. Dies ist von Herrn Schrönghamer-Heimdal bei jedem einzelnen Punkte seiner an uns gerichteten Einsendung betont worden, und wir haben keine Ursache, ihm weniger Glauben zu schenken als Mayer-Koy, der übrigens in seinem Schrieb an uns beweist, daß Höflichkeit und Anstand nicht gerade seine stärksten Seiten zu sein scheinen. — Es muß aber hiermit Herrn Schrönghamer-Heimdal überlassen bleiben, sich auf diese Berichtigung hin mit seinem Gegner in der entsprechenden Form auseinanderzusetzen. Für uns ist die Sache erledigt.

Münchner Theater. Von Samstag, den 31. Dezember 1921, bis Sonntag, den 8. Januar 1922: „Der alte Postillon".

Die Theatergemeinde München, e. V., teilt mit: 1. Januar: Prinzregententheater: „Andre Hofer" (61101 bis 61600, 62351—62600 u. 62851—62900). — 2. Januar: Prinzregententheater: „Maria Magdalena" (53401—54400). — 3. Jan.: Nationaltheater: Oper: „Christelflein" (51026—51500). — 10. Januar: Tonhalle: Konzertabend: Emanuel Feuermann und Frieda Stahl (55951—56900). — 14. Januar: Odeon: Konzertabend: Richard-Strauß-Feier (55601—55950).

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dietrich Eckart. — Für den Anzeigenteil: Philipp Bouhler. — Verlag: Frz. Eher's Nachf. G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus Müller & Sohn. — Sämtliche in München.

Steckenpferd
Buttermilch-Se
die beste Kinderseife

„Zwei wunderbare Sachen" sagt ei
„führen Sie mit Ihren Dramintablett
Germosan. Ihr Dramin hat bei meiner
lichen Gicht und Rheuma glänzend geholfen.
trefflichen Germosankapseln trage ich stets in
bei meinen plötzlichen und ekelhaften Migrän
ralgieanfällen. Mit diesen beiden Mitteln müßt
lich Bombengeschäfte machen." In Apotheken erh